

Große Koalition: Welche Zukunft für die Erneuerbaren Energien?

Hermann Scheer

Das erste und wichtigste Ergebnis der Bundestagswahlen vom 18. September ist: Ein „Roll-back“ gegen Erneuerbare Energien ist bei diesen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag nicht möglich. Diejenigen drei Parteien, die sich im Wahlkampf eindeutig zu den Erneuerbaren Energien und hierbei vor allem zum EEG als zentralem politischem Konfliktprojekt bekannt haben, erhielten 51% der Stimmen. Besonders auffallend war, dass die beiden Spitzenpersonen der SPD – Gerhard Schröder und Franz Müntefering – in den letzten Wahlkampfwochen die weitere Mobilisierung Erneuerbarer Energien zu einem ihrer zentralen Punkte machten. Hingegen erhielten Union und FDP, die beide minder oder mehr große Distanz zur bisherigen Politik der Erneuerbaren Energien äußerten, zusammen nur 45%. Es gibt also eine klare Parlamentsmehrheit für die Fortsetzung des eingeschlagenen Weges, auf dem Deutschland eine klar profilierte weltweite Vorreiterrolle errungen hat.

An Wahlprogrammen kann man mehr über die von einer Partei zu erwartende Politik ablesen als allgemein angenommen wird – vorausgesetzt, die jeweiligen Parteien haben dafür die erforderliche Gestaltungsmacht zugewiesen bekommen, durch das Wahlergebnis und der sich daraus ableitenden Koalitionsbildung für eine Regierung. Das gilt insbesondere dann, wenn eine Partei in ihrem Programm eine Position bezieht, die nicht unbedingt populär ist. Erneuerbare Energien sind unverändert deutlich populärer als alle anderen Ener-

gien – trotz einer anhaltenden und in den letzten Jahren sogar verstärkten Meinungsmache gegen sie, nicht nur seitens der Stromkonzerne, sondern auch der überwiegenden Zahl von Wirtschaftsinstituten und Wirtschaftskommentatoren in den Massenmedien sowie nicht zuletzt großer meinungsbildender Medien wie dem „Spiegel“. Dennoch setzte die FDP auf die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und positionierte sich mit der Union für eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und sprachen sich hochrepräsentative Stimmen in der Union – von Merkel bis Stoiber – gegen die „Überförderung“ der Erneuerbaren Energien aus. Eine Gruppe von Unions-Abgeordneten schaffte es sogar, ein mundsäumendes Pamphlet – in Form eines „Schwarzbuchs“ über die rot-grüne Förderung Erneuerbarer Energien – kurzfristig auf der offiziellen Homepage der Union zu platzieren. Das alles verhieß nichts Gutes für Erneuerbare Energien für den Fall einer „schwarz-gelben“ Regierungsmehrheit.

Zwar konnten sich die meisten Befürworter der Erneuerbaren Energien nicht vorstellen, dass wirklich eine „Roll-Back“-Gefahr drohte. Und die meisten der aufstrebenden Erneuerbare Energie-Unternehmen haben sich richtig verhalten und sich nicht in ihren Anstrengungen und Zukunftsplänen irritieren lassen. Sie spielten dabei das Pfund aus, das in den letzten Jahren für die Erneuerbaren Energien entstanden ist: Eine „kritische Masse“ an industriellen Kapazitäten, die – je größer sie sind – ein Argument sui generis ist, über das

man nicht mehr so ohne weiteres hinweggehen kann. Ob aber die Börsengänge von Photovoltaik-Produzenten, die unmittelbar nach der Bundestagswahl eingeleitet wurden, bei einem „schwarz-gelben“ Wahlsieg den gleichen überwältigenden Zuspruch erhalten hätten, darf bezweifelt werden.

Wahlgewinner Erneuerbare Energien

Generell können wir feststellen: innerhalb der Gesellschaft gehören die Erneuerbaren Energien zu den größten Wahlgewinnern. Das war bereits 2002 der Fall, und es wiederholte sich jetzt. Dass „schwarz/gelb“ nunmehr sogar 0,9% weniger Stimmen erhielt als 2002, geht zu einem guten Teil auf ihre distanzierte Haltung gegenüber Erneuerbaren Energien zurück. Zwar haben Politiker der Union immer wieder, öffentlich und in zahlreichen Einzelgesprächen mit Verbandsvertretern der Erneuerbare-Energien-Branche, beruhigende Worte geäußert. Aber das Erscheinungsbild der Union zu Erneuerbaren Energien insgesamt war mißtrauerregend genug, um das vorzeigbarste und weitgreifendste politische Projekt der rot/grünen Koalition als gefährdet erscheinen zu lassen.

Die Union ist unter allen Parteien diejenige mit der am stärksten gespaltenen Einstellung zu Erneuerbaren Energien. Es gibt in ihr einige intensive Befürworter des EEG neben einer Zahl pragmatischer Befürworter. Doch es gibt ebenso intensive Gegner, die wahrscheinlich

zahlenmäßig überwiegen, verstärkt um die Zahl allgemeiner Marktideologen, denen der durch das EEG geschaffene gesonderte Markt für Erneuerbare Energien ein Dorn im Auge ist. Vor diesem Hintergrund konnte eine „schwarz/gelbe“ Koalition nichts Gutes verheißen, weil spätestens durch die klare Contra-Haltung der FDP das Gewicht der EEG-Gegner in der Union zugenommen hätte – mit dem wahrscheinlichen Resultat eines systematischen Zerpflickens dieses Gesetzes.

Somit hat die Bundestagswahl erneut gezeigt, was – mehr noch als die mittlerweile entstandene „kritische Masse“ und die sich immer mehr zuspitzende Krise des überkommenen Energiesystems, die das dringende Erfordernis eines Wechsels zu Erneuerbaren Energien immer deutlicher macht – das größte Pfund der Verfechter der Erneuerbaren Energien ist: Die allgemeine Öffentlichkeit mit ihrem Stimmengewicht als Wahlbürger. Diese gewinnt man nicht durch Einzelgespräche mit Parteipolitikern, sondern nur durch offensive und unübersehbare Ansprache mit darauf bezogener allgemeiner Aufklärungsarbeit gegenüber der Flut von Desinformationen.

Die Ansprache mit der größten Breitenwirkung war im Laufe des Bundestagswahlkampfes der EUROSOLAR-Aufruf „Deutschland bleibt erneuerbar“, der in ganzseitigen Textanzeigen in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“, in der „Welt am Sonntag“, in der „Welt“, im Berliner „Tagesspiegel“, in der „tageszeitung (taz)“ und in der „Badischen Zeitung“ erschien. Er wurde von über 1000 Unterzeichnern mitgetragen und -finanziert.

SPD: Zunehmendes Gewicht für Erneuerbare Energien

Die spannende Frage ist jetzt, angesichts der sich anbahnenden Großen Koalition, welche Zukunft den Erneuerbaren Energien in dieser Konstellation bevorsteht.

Innerhalb der SPD hat sich das Gewicht weiter zugunsten der Erneuerbaren Energien verschoben. Die weitere Förderung auf der Basis des erreichten Standes der Gesetzgebung hat in der Basis der SPD, im Bundesvorstand und in der Bundestagsfraktion eine breite Mehrheit. Die Zahl der Abgeordneten, die sich aktiv und entschieden dafür einsetzen, hat deutlich zugenommen, und die Zahl der Skeptiker oder gar Gegner ist zunehmend kleiner geworden. Dies zeigte sich schon in den letzten Jahren: Der Vorstoß von Wirtschaftsminister Clement, als dieser sich anlässlich der letzten EEG-Novelle zunächst die Position der Stromkonzerne zu eigen machte, fand in der SPD-Bundestagsfraktion keinen Widerhall und wurde hier gestoppt. Das Vorschaltgesetz für die Photovoltaik vom November 2003, das einen Fadenriss in der PV-Industrie abwendete und ihr anschließend einen einzigartigen Aufschwung bescherte, wurde über die Fraktionen von SPD und Grünen gegenüber dem monatelangen Widerstand von Umweltminister Trittin durchgesetzt.

Hinzu kommt, dass die SPD in einer Großen Koalition versuchen muss, bei künftigen Wahlen Stimmenabflüsse zu den künftigen Oppositionsparteien der Linkspartei und der Grünen zu vermeiden, und sie muss die künftige Koalitionsoption zumindest mit den Grünen für die Zeit nach der Großen Koalition offen halten. Da unterstellt werden kann, dass sich beide Oppositionsparteien im Parlament weiter für die Erneuerbaren Energien profilieren werden, stärkt das auch das Gewicht der Erneuerbaren Energien in der SPD. Sie muss in der großen Koalition die Rolle des Garanten für Erneuerbare Energien übernehmen.

Union: Chance einer Gewichtsverstärkung

Die offene Frage ist, was sich bei einer Großen Koalition in der Union entwickelt. Zu erwarten ist, dass die neue Konstellation die Position der Erneuerbare-

Energie-Verfechter in der Union stärken wird – so wie sie im umgekehrten Fall einer „schwarz/gelben“ Koalition wohl eher geschwächt worden wäre. Auch mit einer zahlenmäßigen Zunahme der Befürworter ist zu rechnen, nicht zuletzt über die Schiene der Agrarpolitiker in der Union und unter dem Einfluss des Bauernverbandes.

Nicht nur auf dem Gebiet der Bioenergie, sondern auch der Photovoltaik haben die Landwirte die für sie existenziellen Vorzüge der Erneuerbaren Energien in den letzten Jahren entdeckt. Noch in geringerem Maße ist das bei der Windkraft der Fall, obwohl auch das in weitaus stärkerem Maße möglich wäre: Die meisten Windkraftstandorte sind landwirtschaftliche Flächen. Betreibergemeinschaften von Landwirten für Windkraftanlagen oder der Betrieb von Windparks durch landwirtschaftliche Genossenschaften in Ostdeutschland müssen verstärkt initiiert werden, um die Landwirtemotivation auch für die Windkraft im Binnenland zu verstärken. Auch das könnte positive Rückwirkungen auf die Union haben, in der besonders die Windkraft auf große Vorurteile stößt – allerdings mehr auf ihrer „Südschiene“ und in Nordrhein-Westfalen, während die Nord-CDU zu den Befürwortern gerechnet werden kann.

Ein weiteres motivverstärkendes Element in der Union für Erneuerbare Energien kann sein, dass in ihr diejenigen Stimmen zunehmen, die auf künftige „schwarz-grüne“ Koalitionen zumindest in Bundesländern schielen. Denn das Bundestagswahlergebnis signalisiert, dass die Aussichten einer der beiden großen Parteien wahrscheinlich der Vergangenheit angehören, mit nur einer der kleineren Parteien eine Mehrheitskoalition erreichen zu können. Die Regierungsformel 1 plus 1 ist bis auf weiteres nur durch eine Große Koalition realisierbar. Alle anderen Regierungsoptionen laufen auf 1 plus 2 hinaus – also entweder der SPD mit Grünen und FDP oder mit Grünen und der Linkspartei, oder der Union mit FDP und Grü-

nen. Die Perspektive jenseits der kommenden Großen Koalition liegt damit bei der Union darin, mit den Grünen koalitionsfähig zu werden. Dreh- und Angelpunkt dafür wird die Haltung der Union in der Energiefrage sein – und gelingen könnte eine solche Koalition auch nur dann, wenn sich die abseitige Position der FDP zu Erneuerbaren Energien ändert.

Für die nunmehr wahrscheinliche Große Koalition lässt das erwarten, dass sich die Union – in Rückzugsbewegungen von ihrer bisherigen schillernden Position – auf die Erneuerbaren Energien zubewegt. In der Frage der Biokraftstoffe ist sogar denkbar, dass es einen großen Schritt zusätzlich nach vorne gibt.

Anhaltender Widerstand der Energiewirtschaft

Der Widerstand der herkömmlichen Energiewirtschaft ist durch die Wahl keineswegs gebrochen. Deren Hoffnung auf einen Regierungswechsel hat sich zerschlagen. Aber ihr Katalog an Instrumenten ist damit nicht erschöpft.

Sie werden eine Domino-Strategie versuchen und die einzelnen Optionen Erneuerbarer Energien gegeneinander ausspielen: Die Bioenergie zunächst unangetastet lassen, aber dafür die Windkraft eindämmen wollen; oder darauf setzen, dass die Interessen von Wind- und Photovoltaikindustrie auseinander dividiert werden. Mit weiteren Versuchen ist zu rechnen, technische Schikane oder Verzögerungen bei Netzausschlüssen vorzunehmen. Nicht einmal ein „Disziplinierungs-Black-out“ ist auszuschließen, also ein absichtlich herbeigeführter breitflächiger Stromausfall, der der Windkraft zur Last gelegt wird – um damit politische Einschränkungen des EEG zu erpressen.

Zu dem Instrumentenkasten der überkommenen Energiewirtschaft gehören auch Vorstöße in Richtung EU-Kommission gegen das Vorrangprinzip des EEG – indem angesichts wachsender Einfüh-

rungsmengen Erneuerbarer Energien die Gefährdung des Prinzips des EU-Binnenmarktes beklagt wird. Vorstellbar ist auch ein weiterer Anlauf beim Europäischen Gerichtshof gegen das Nebeneinander von EU-Strommarkt und dem Erneuerbare Energien-Vorrang, spätestens für den Fall, dass Deutschland die Zielmarke der EU eines 22%-Anteils Erneuerbarer Energien im Stromsektor überschreitet. In jedem Fall ist mit vielen Konflikten auf juristischer Ebene zu rechnen, die ausgefochten werden müssen. Auch bei diesen Konflikten spielt die Öffentlichkeit eine nicht zu unterschätzende Rolle, denn auch Gerichte entscheiden nicht in abgeschotteten Räumen.

Diese Konflikte haben ihren tiefen Grund darin, dass die Erneuerbaren Energien das Anbietermonopol der Stromkonzerne nicht nur durchkreuzen, sondern Zug um Zug erodieren lassen. Gleiches gilt für die Mineralölkonzerne, die kein Interesse daran haben, dass neben ihnen eine neue Formation unabhängiger Anbieter von Biokraftstoffen entsteht.

Die Pfunde der Erneuerbaren Energien

Die unbedingte Voraussetzung für einen ungebrochenen Durchbruch Erneuerbarer Energien ist, dass sich die Verfechter Erneuerbarer Energien nicht allein auf das Pfund der erreichten wirtschaftlichen Masse und auf den „natürlichen Verbündeten“ in Form des wechselnden Problemdrucks verlassen. Der wichtigste aktive Verbündete war und bleibt die allgemeine Öffentlichkeit. Deren Zustimmung muss schon deshalb unbedingt aufrechterhalten werden, weil dadurch der Handlungsdruck auf Regierungen, Fraktionen und Parlamente entsteht, ohne den den meisten politischen Akteuren die Füße einschlafen. Zwar reagieren politische Institutionen und Organisationen – je nach eigener Diskussions-, Werte- und Interessenlage – jeweils unterschiedlich auf Handlungsdruck aus der Gesellschaft. Aber in jedem Fall muss er gegeben sein, schon

um damit die im politischen Akteurspektrum treibenden Kräfte zu stärken. Die Erneuerbaren Energien haben – aus politischer und gesellschaftlicher Sicht – zwei Seiten. Die eine ist die eines wachsenden Wirtschaftsfaktors, auf die sich zunehmend mehr kommerzielle Interessen orientieren. Das ist eine notwendige Entwicklung hin zu einer unumkehrbar werdenden wirtschaftlichen Dynamik und zu einer Integration in das Wirtschaftssystem. Die Erneuerbare-Energie-Branche wird zu einem normalen Wirtschaftsfaktor. Diese Integration darf jedoch nur nicht verwechselt werden mit einer Integration in die bestehende Energiewirtschaft und in den „Energemarkt“. Das Ziel eines einheitlichen Energiemarktes mit gleichen Marktregeln für von vornherein und prinzipiell Ungleiches ist eine Falle für Erneuerbare Energien.

Die andere Seite ist die ideelle: Mit der durch die Entfaltung der Erneuerbaren-Energie-Nutzung fälligen Ablösung atomarer und fossiler Energienutzung verändert sich das Wirtschaftssystem. Dieses wird dadurch umwelt- und sozialverträglicher und macht die Welt friedlicher. Diese Eigenschaft macht die Erneuerbaren Energien unverwechselbar, bildet den großen wirtschafts- und gesellschaftsethischen Unterschied zu atomar-fossilen Energien und sichert die öffentliche Unterstützung.

Wegen dieses Unterschieds engagieren wir uns und ist EUROSOLAR gegründet worden. Ihn hochzuhalten, ist die bleibende Aufgabe. Er kann nur hochgehalten werden, wenn die ideellen Motive nicht hinter den rein wirtschaftlichen verschwinden. Um das zu gewährleisten, ist das Hochhalten der ideellen Motive notwendiger denn je. Dieses zu tun, bleibt die wichtigste und unverzichtbare Aufgabe von EUROSOLAR. Die ethischen Gründe vermitteln den Erneuerbaren Energien die höhere Legitimität und damit die gesellschaftliche Durchsetzungskraft.